

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

283

Zweite Ausgabe.

Wien, am 9. September 1931.

Reduktion des Personalaufwandes bei der Gemeinde Wien.

Verhandlungen mit den Gewerkschaften.

Eine Korrespondenz berichtet über Beratungen des Verbandes der Angestellten der Stadt Wien, die sich mit der Reduktion des Personalaufwandes bei der Gemeinde Wien beschäftigen.

Dazu teilt die Rathauskorrespondenz mit:

Es ist bekannt, dass die Einnahmen der Gemeindeverwaltung zum Teil infolge der letzten Abgabenteilungsnovelle, zum weit grösseren Teil aber infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise bedeutend zurückgegangen sind. Eine Steigerung der Einnahmen durch Steuererhöhungen wäre volkswirtschaftlich infolge der Krise schwer möglich. Auch Gemeindeanleihen können in einer Zeit akuter internationaler Kreditkrise nicht aufgenommen werden. Die Gemeinde war daher schon bisher gezwungen, ihre Sachausgaben wesentlich einzuschränken. Eine weitere Einschränkung der Sachausgaben, insbesondere des Aufwandes für die Wohnbauten und für die Fürsorge, wäre aber nicht zu vertreten. Sie würde einerseits die Arbeitslosigkeit vergrössern, andererseits die Fürsorge der Gemeinde gerade in der Zeit des grössten Massenelends unerträglich einschränken.

Angesichts dieser Gefahren hat sich die Gemeindeverwaltung an die Gewerkschaften aller Kategorien der städtischen Angestellten und Arbeiter gewendet, um ihre Zustimmung zu Ersparungen am Personalaufwand zu erlangen. Dabei hat die Gemeinde den Organisationen eine Einschränkung des 14. Monatsgehaltes und eine Erhöhung der Beiträge, die die Angestellten und Arbeiter zum Pensionsaufwand leisten, vorgeschlagen. Die Gemeindeverwaltung hat schon in den Vorbesprechungen anerkannt, dass die niedrigsten Monatsbezüge, die weniger als 200 Schilling betragen, keine Kürzung erfahren sollen.

Sollten die über diese Vorschläge der Gemeinde eingeleiteten Verhandlungen ergebnislos bleiben, so wäre die Gemeinde zu Einschränkungen der Ausgaben für den Wohnbau, für die Fürsorge und für das Schulwesen gezwungen, die sie vor der Gesamtbevölkerung nicht verantworten könnte. Die Gemeindeverwaltung wird daher ihre Bemühungen fortsetzen, zu einer Verständigung mit den Gewerkschaften zu gelangen.

.....